



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 3. Juli 2024

Von Wolfgang Liedtke

Die letzte Sitzung vor der Sommerpause hatte eine kurze Traktandenliste. Dieser Umstand hatte die Zürichseezeitung veranlasst, von der Entsendung eines Journalisten abzusehen. Redaktionsleiterin Sibylle Saxer begründete dies gegenüber unserem Parlamentsdienst folgendermassen: «Angesichts der Tatsache, dass Berichte über Ratssitzungen nur sehr bescheiden gelesen werden, sehen wir uns gezwungen, vor jeder Sitzung abzuwägen, ob wir jemanden aus der Redaktion hinschicken. Wir versuchen, unsere Ressourcen dort einzusetzen, wo es auch Diskussionspotential gibt.» (E-Mail vom 2. Juli 2024).

Der Abbau der Personalressourcen bei der Zürichseezeitung wird also fortgesetzt, die Zeitung immer weniger relevant. Diese Entwicklung ist negativ für die Demokratie. Politisches Handeln muss transparent sein. Die Voraussetzung für die Mitwirkung der Wählerschaft ist, dass ihr Informationsstand ausreichend gross ist. Oder wie es Mark Stucki von den Parlamentsdiensten in Bern sagt: «Ohne Öffentlichkeit gibt es kein funktionierendes Parlament.» Die seit langem zu beobachtende Abnahme der Berichterstattung über die Politik in unserer Stadt ist das Ergebnis einer verfehlten Medienpolitik des Bundes. Er subventioniert Medienhäuser, die dann vor allem in ihre grossen Titel investieren und die Regionalzeitungen personell ausbluten lassen. Es ist leider davon auszugehen, dass in Zukunft immer seltener ein Medienbeobachter an unseren Ratssitzungen teilnimmt.

Mitteilungen

Zu Beginn der Sitzung wurde Yannick Falbriard (Mitte) als neues Ratsmitglied begrüsst. Sebastian Huber (SVP) teilte mit, dass der Gewinn der Aktion *BarLament* beim Public Viewing am 15. Juni 2024 auf dem Bahnhofplatz in Höhe von 3000 Franken je zur Hälfte an die Schweizer Berghilfe und an die Sammelaktion der Glückskette zugunsten der Unwetteropfer im Tessin und Wallis gespendet werden soll.

Ausserordentliche Fragestunde

Massnahmen gegen Cyberkriminalität – Alterswohnungen – Versiegelung des Areals Kronenwiese

Urs Schweizer (SVP) räumte ein, dass er auf ein Test-Email im Rahmen der Cybersecurity-Schulung hereingefallen war. Er nahm dies zum Anlass, sich nach den Fortschritten der Implementation einer Schnittstelle vom Dokumentenmanagementsystem der Stadt zum Intranet zu erkundigen. Ausserdem wollte er wissen, ob weitere Schulungen zur Verbesserung der Cybersecurity vorgesehen seien und wie sicher das städtische Netzwerk vor Angriffen sei. Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) teilte zum Status der Schnittstellenimplementation mit, dass die Einführung bevorstehe. Er bestätigte, dass weitere Schulungen vorgesehen seien. Zur Frage der Sicherheit des städtischen Netzwerks gab er wenig aufschlussreiche Informationen über die Zertifizierung des Informatikpartners der Stadt, mit welcher die Stadtverwaltung regelmässige Sitzungen zur Überprüfung der Qualität der Dienstleistungen durchführe. Ausserdem verfüge der Informatikpartner über zwei räumlich voneinander getrennte Rechenzentren.

Bernie Corrodi (FW) erkundigte sich, ob der Bedarf an kleinen Seniorenwohnungen bekannt sei und wie die Planungen für Wohnungsangebote für Senioren über 65 und über 80 Jahren aussehen. Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) erläuterte, dass die Stadt bei der Hochschule Luzern eine Bedarfsstudie in Auftrag gegeben habe. Diese Studie habe prognostiziert, dass die Zahl der Senioren über 70 Jahre von 2021 bis 2050 in Adliswil um ca. 50 Prozent steigen

wird (<https://www.adliswil.ch/publikationen/498463>). Es gebe zahlreiche altersgerechte Wohnungen in Adliswil, welche aber häufig zu teuer seien. Aus diesem Grunde lebten Senioren oft in zu grossen Wohnungen, die nicht altersgerecht eingerichtet, aber durch eine lange Mietdauer günstig seien. In Bezug auf die Adliswiler Alterspyramide habe die Studie der Hochschule Luzern ergebe, dass die grösste Bevölkerungsgruppe zwischen 30 und 45 Jahren alt sei. Ältere Mitbürger mit Migrationshintergrund würden zudem im Alter häufig in ihr Heimatland zurückkehren. Deshalb werde der Alterszuwachs bis 2050 relativ mässig sein. In einer mündlichen Frage erkundigte sich Jacqueline Schoch (Grüne) nach konkreten Plänen zur Beseitigung der Bodenversiegelung und zur Begrünung des Areals Kronenwiese. Stadträtin Carmen Marty (SP) wies darauf hin, dass an der Beantwortung dieser Frage drei Ressorts beteiligt werden müssten, und stellte eine Antwort für die nächste Ratssitzung in Aussicht.

Im Anschluss an die Fragestunde wählte der Grosse Gemeinderat einstimmig Daniel Frei (FW) als Nachfolger für Bernie Corrodi (FW) in die Rechnungsprüfungskommission (RPK).

Leistungsziele und Indikatoren

Im Rahmen der vor zwanzig Jahren in Adliswil eingeführten wirkungsorientierten Verwaltungsführung und der Globalbudgetierung (New Public Management, NPM) hat der Grosse Gemeinderat einmal jährlich die Möglichkeit, Anpassungen an den Leistungszielen und Indikatoren zu beantragen und über entsprechende Vorschläge des Stadtrates zu befinden. Die Vorschläge des Parlaments werden von der RPK erarbeitet, die auch die Vorschläge des Stadtrates überprüft. Mittels der Leistungsziele hat der Grosse Gemeinderat die Möglichkeit, über Leistungsaufträge die Arbeit der Verwaltung zu steuern. Die Ausgestaltung der Indikatoren bietet eine Möglichkeit zur Kontrolle der Leistungsausführung. Die Präsidentin der RPK, Silvia Helbling (FDP), präsentierte die Stellungnahme ihrer Kommission zu den vom Stadtrat vorgeschlagenen Anpassungen an den Leistungszielen und Indikatoren. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang, dass einige Vorschläge der RPK nicht übernommen worden seien. Ausserdem regte sie an, dass einige Kommentare ausführlicher formuliert sein sollten, um Kennzahlen, Leistungsziele und Indikatoren verständlicher zu machen. Die RPK empfahl den Vorschlag des Stadtrates trotz dieser Kritik einstimmig zur Annahme.

Rolf Schweizer (FDP) dankte seiner Fraktion für den Auftrag, in ihrem Namen Stellung zu der Vorlage des Stadtrates zu nehmen. Er räumte ein, dass er mit dieser Aufgabe überfordert gewesen sei. So habe er die Verknüpfung zwischen den Leistungen und den Kosten nicht erkennen können. Er habe zudem nicht gewusst, wie er die „toten Hunde“ finden könne. Esen Yilmaz (SP) ging mit deutlich mehr Sachverstand an seine Aufgabe:

Das Werk ist übersichtlich, gut verständlich und erklärt die Ziele für das Jahr 2025 ausreichend. Die separate Liste mit den Änderungen ist sehr wertvoll, da sie die Anpassungen in den verschiedenen Bereichen ausweist. Die SP-Fraktion vermisst immer noch die Förderung von Unternehmen, welche in Adliswil gut vertreten sind, jedoch kaum vom Stadtrat betreut werden. Eine 20-Prozent-Stelle dürfte jetzt endlich geschaffen werden. Nur die Ziele von 20 auf 30 Kontakte pro Jahr zu erhöhen, ist keine Förderung oder schlicht nicht ausreichend!

Das im Jahr 2021 erstellte Immobilienleitbild der Stadt Adliswil ist in den Leistungszielen und Indikatoren nicht ersichtlich. Wir erinnern gerne an den Inhalt: Die Immobilien und Grundstücke des Finanzvermögens werden nach wirtschaftlichen Kriterien im Sinne der Ertragsoptimierung bewirtschaftet. Die Vermietung von Wohnraum erfolgt zu aktuellen Marktkonditionen; Mietzinsanpassungen werden nach geltender Rechtspraxis umgesetzt. Günstiger Wohnraum wird dennoch nach Möglichkeit erhalten und an Personen in bescheidenen Lebensverhältnissen vermietet. Aber die Entwicklung von ausreichendem Wohnraum für die 65 % der Bevölkerung bleibt immer noch ein Wohntraum – denn die Abteilung Liegenschaften haben die Arbeiten für die Verwaltung von Liegenschaften mehrheitlich fremdvergeben, um die

gewünschten Ziele mit maximierten Ressourcen zu erreichen. Trotzdem werden keine neuen Projekte für Familien oder junge Menschen entwickelt oder vorgestellt.

Eine Familienpolitik mit punktuellen Zielen im Bereich der Schule, Soziales und Sport ist mit der Lupe betrachtet erkennbar. Welches Ziel aber der Stadtrat in diesem Bereich verfolgt, ist auch in diesem Dokument nicht klar ersichtlich. Die SP-Fraktion wünscht sich eine transparente Kommunikation des Stadtrates in Sachen Familienpolitik und hofft, dass genau diese Mehrheit nicht zu Lasten anderer Interessensgruppen vernachlässigt wird – wie zum Beispiel das Alter. Bitte vergessen sie nicht, denn die Familien bilden die Basis für eine nachhaltige Entwicklung des Zusammengehörens und Zusammenlebens.

An dieser Stelle möchten wir dem Stadtrat und dem gesamten Personal für die Erarbeitung, das Monitoring und das Reporting danken. Die SP-Fraktion geht einstimmig dem Antrag des Stadtrates nach und empfiehlt die Annahme.

Christoph Sütterlin (GLP) begrüsst, dass das Dokument *Leistungsziele und Indikatoren* lebt und verbessert wird. Er vermisste allerdings Sparbemühungen. Seine Fraktion (Mitte-GLP-EVP) wollte der Vorlage jedoch zustimmen. Jacqueline Schoch (Grüne) bemängelte den zu geringen Stellenwert von ökologischen Massnahmen wie Förderung von Solaranlagen und Begrünungen. Auch die grüne Fraktion kündigte ihre Zustimmung an. Die Vorlage wurde schliesslich mit allen 31 Stimmen angenommen.

Statistiken zur Einbürgerung

Im April 2024 hatte der Grosse Gemeinderat eine Motion an den Stadtrat überwiesen, welche die Übertragung der Einbürgerungen in die Zuständigkeit des Stadtrates zum Ziel hat. Bereits im März 2024 war das Parlament aufgrund kantonaler gesetzlicher Bestimmungen dazu übergegangen, Einbürgerungen in den Ratssitzungen nur noch global, das heisst ohne Nennung von Namen, Alter, Geschlecht und Herkunftsland der einzubürgernden Personen, zu behandeln. Während die Gemeinderäte nach wie vor die Möglichkeit haben, sich über die Einbürgerungsanträge zu informieren, wird der Öffentlichkeit nur noch die Zahl der gutgeheissenen Anträge (und nicht die Zahl der eingebürgerten Personen) bekanntgegeben. Aus diesem Grund reichten mehrere Gemeinderäte der FDP, SVP und Mitte gemeinsam ein Postulat ein, in dem sie den Stadtrat aufforderten zu prüfen, Zahlen zu den gutgeheissenen und abgelehnten Anträgen mindestens einmal jährlich zu publizieren. Der Stadtrat erklärte sich in seiner Antwort dazu bereit, dieses Postulat anzunehmen. In der Debatte ergriff einzig Xheli Etemi (SP) das Wort, um den Standpunkt seiner Fraktion darzulegen:

Das Ziel des Postulats ist unterstützenswert. Die Adliswiler Bevölkerung sollte erfahren, wie viele Personen das Adliswiler Bürgerrecht erhalten. Durch Bestimmungen des Personen- und Datenschutzes ist die Einbürgerung aus der öffentlichen Sichtbarkeit verschwunden. Anonymisiert sollten die Informationen aber an die Bevölkerung gelangen, auch um das Handeln der Verwaltung transparent zu gestalten. In einem Punkt geht die Forderung des Postulats zu weit: Es ist in öffentlichem Interesse zu erfahren, wie viele abgelehnte Anträge es gibt. Aber eine Aufschlüsselung nach Ablehnungsgründen, wie im Postulat verlangt, ist nicht erforderlich. Eine Aufschlüsselung der abgelehnten Anträge nach Alter, Geschlecht und ursprünglicher Staatsbürgerschaft ist abzulehnen.

Der Stadtrat verwies in seiner Antwort auf die Beispiele der Städte Zürich und Winterthur. Beide Städte veröffentlichen zu den Einbürgerungen Statistiken nach Nationalität und Geschlecht, Winterthur auch noch nach Familienstand. Zu den abgelehnten Einbürgerungsanträgen gibt es jeweils nur die Gesamtzahl. So sollte es auch in Adliswil gehandhabt werden. Die SP-Fraktion wird die Überweisung des Postulats unterstützen mit der Bedingung, dass die abgelehnten Anträge nicht aufgeschlüsselt werden. Nur unter dieser Voraussetzung werden wir später auch einem Lösungsvorschlag zustimmen.

Da kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, galt das Postulat als überwiesen. Es bleibt abzuwarten, ob die Bedenken der SP in den Vorschlag des Stadtrates einfließen werden.

Die Sitzung endete bereits um 20:10 Uhr.